

# magazin

für beamtinnen und beamte

**DGB**

Ausgabe 11.-12.2012 13.12.2012

## Schöneberger Forum: Bürgerbeteiligung



1) Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied  
2) Nur bei Sollzinsbindung von 10 Jahren  
3) Zwischen 1 % und 5 % p. a. bezogen auf das Ursprungsdarlehen  
(bei tilgungsfreier Anlaufzeit nur zwischen 2 % und 5 %)



**Informieren Sie sich  
jetzt über unsere  
aktuellen Konditionen!**

# Baufinanzierung für den öffentlichen Dienst zu Top-Konditionen<sup>1)</sup>

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

## Ihre Vorteile:

- ▶ Bis zu 100 %ige Finanzierung des Kaufpreises
- ▶ Frei wählbare anfängliche Tilgung von 1 % bis 5 % p. a.
- ▶ 3 Jahre tilgungsfreie Anlaufzeit möglich<sup>2)</sup>
- ▶ Änderung des Tilgungssatzes bis zu dreimal möglich<sup>2)3)</sup>
- ▶ Persönliche Beratung durch Ihren BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst
- ▶ Keine Bearbeitungsgebühr
- ▶ 5 % Sondertilgungsrecht p. a.
- ▶ Individueller Finanzierungsplan

## Jetzt informieren:

Bei Ihrem Kundenberater Öffentlicher Dienst,  
unter [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder  
Tel. 0 180/40 60 105 (0,20 Euro/Anruf Festnetzpreis;  
Mobilfunkhöchstpreis: 0,42 Euro/Minute)



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

Titel	
Schöneberger Forum: Im Dienst der Bürger	4
Gastbeitrag	
Verleihung des Deutschen Personalräte-Preises 2012	9
Kommentar	
Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der GdP, zur Zusammenarbeit von Bürgern und Polizei	12
Meldungen	
Bund: Praxisgebühr entfällt auch in der Beihilfe	15
Studie: Frauen in Führungspositionen	15
Aus den Ländern	
Wütende Polizisten in Brandenburg	17
Baden-Württemberg: Weitere Einschnitte bei Berufseinsteigern	18
Hamburg: Mindestlohn wird Pflicht	19
Sachsen: Streikende Lehrer	20
Schleswig-Holstein: DGB gegen Nullrunde für Beamte	21
Service	
Folgen des Föderalismus für die Besoldung	22
Aus den Gewerkschaften	
ver.di-Betriebsgruppe Bundestag	24
Vermischtes	
Auflösung der Versorgungsrücklage	25
Deutscher Personalräte-Preis 2013	25
Musikvideo „AUCH NUR EIN MENSCH“	25

## Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehbrock; Redaktion: Lea Bötsch, Barbara Haas, Lisa Kranz, Dr. Karsten Schneider, Nadine Schünemann, Henriette Schwarz; Titelbild und Fotos Seite 6, 7, 8, 13 Simone M. Neumann; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte, Uwe Tillmann, 1. Industriestr. 1–3, 68804 Altlußheim, Telefon: 0211 72134571, Fax: 0211 72134573, infoservice@beamten-informationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr



Karsten Schneider

Foto: Kay Herschelmann

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit dem erstmals auch von der Hans-Böckler-Stiftung veranstalteten Schöneberger Forum fand Ende November in Berlin zum 15. Mal eine der größten Fachtagungen für die Beschäftigten des öffentlichen Sektors statt. An den zwei Veranstaltungstagen drehte sich alles um das Thema „Bürgerbeteiligung und öffentlicher Dienst: Zwischen Demokratisierung und Arbeitsverdichtung“. Auf acht Sonderseiten berichten wir ausführlich über den Vortrag von Dr. Heiner Geißler, die Diskussionen in den Fachforen und die Verleihung des Deutschen Personalrätepreises.

Einen kurzen Ausblick auf das Schöneberger Forum 2013 geben wir Ihnen auf Seite 12 dieser Ausgabe. Unter dem Motto „Gute Arbeit – Faire Bedingungen“ soll die Abhängigkeit von Arbeitszufriedenheit und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes näher beleuchtet werden.

In unserer Rubrik „Aus den Ländern“ erfahren Sie mehr über die Aktionen der brandenburgischen Polizistinnen und Polizisten gegen die Pläne der Landesregierung zur Anhebung der Lebensarbeitszeit.

Uns interessiert Ihre Meinung: Um das „Magazin für Beamtinnen und Beamten“ noch ansprechender zu gestalten, möchten wir wissen, was Ihnen am Magazin gefällt und wo sie noch Verbesserungsbedarf sehen. Nehmen Sie sich daher bitte ein paar Minuten für unsere Befragung auf Seite 26 Zeit. ■

Dr. Karsten Schneider, Leiter der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand



**Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sollen in Ermessensfällen zugunsten des Bürgers entscheiden, nicht für die Staatskasse. Das hat der frühere Bundesminister Dr. Heiner Geißler beim Schöneberger Forum in Berlin gefordert. Den Bürgerinnen und Bürgern müsse aber auch an einem funktionierenden Staatswesen gelegen sein, betonte DGB-Chef Michael Sommer bei der beamtenpolitischen Tagung. Die Veranstaltung mit über 500 Teilnehmern lotete Chancen und Risiken der Bürgerbeteiligung für die Arbeit im öffentlichen Dienst aus.**

Der öffentliche Dienst soll an der Seite der Bürgerinnen und Bürger stehen und ihnen zur Mitsprache verhelfen. So versteht der frühere Bundesminister Dr. Heiner Geißler Bürgerbeteiligung. Er sprach auf dem 15. Schöneberger Forum in Berlin. Veranstalter der beamtenpolitischen Tagung am 28. und 29. November 2012 im Schöneberger Rathaus war der DGB, erstmals gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung. Über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten über das

## Im Dienst der Bürger

### Schöneberger Forum hinterfragt gesellschaftliche Beteiligung an öffentlichen Aufgaben

Thema „Bürgerbeteiligung und öffentlicher Dienst. Zwischen Demokratisierung und Arbeitsverdichtung“. Zudem wurden Interessenvertreterinnen und -vertreter der Beschäftigten mit dem Deutschen Personalrätepreis ausgezeichnet (Seite 9).

Heiner Geißler forderte die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf, in Ermessens- oder Zweifelsfällen „für die Leute zu entscheiden und nicht für die Staatskasse“. Dazu sei ein Mentalitätswandel nötig: Dienststellenleitungen müssen sich nach Geißlers Worten befreien „von der Hornhaut auf der Seele“. Der Christdemokrat bezog sich auf das Beispiel Arbeitsagentur und die Vorgaben für Jobvermittlerinnen und -vermittler, die häufig mit befristeten Verträgen beschäftigt sind. Wenn sie sich für ihre Klientinnen und Klienten einsetzen, dabei aber die Vorgaben nicht erfüllen, „laufen sie Gefahr, im nächsten Jahr auf der anderen Seite des Schreibtisches zu sitzen“, kritisierte Geißler. Er sah Beamtinnen und Beamte auch in der Pflicht, politische Entscheidungen zu hinterfragen. Das umso mehr, da die Politik sich unfähig gezeigt habe. Sie erfülle ihre Aufgabe nicht, Ordnung in das wirtschaftliche Gefüge zu bringen, sagte Geißler bezogen auf die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise. Am Beispiel der Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern des Tiefbahnhofs in Stuttgart zeigte er auf, dass die Politik auch nicht mehr in der Lage sei,

Prozesse zu steuern. Die Proteste von Bürgerinnen und Bürgern gegen „Stuttgart 21“ eskalierten in Gewalt. Geißler wurde als Schlichter im Streit um das Bauprojekt eingesetzt. Proteste wie dieser zeigten: „Die Bürger sind nicht mehr bereit, alles zu akzeptieren, was die Politik entscheidet.“ Der öffentliche Dienst sei davon betroffen, müsse die Konsequenzen zum Teil sogar ausbaden, weil Bürger das Vertrauen in den Staat verloren hätten.

### Einspruch gefordert

Geißler bemängelte „hochbürokratische Verfahren“ im Bau- und Planungsrecht. „Es gibt keine Mitsprache, sondern nur Bescheide von oben.“ Er forderte eine Reform mit einer Phase der Information, in der alle Pläne und Fakten auf den Tisch gehörten und alle Beteiligten „auf Augenhöhe an einem Tisch sitzen“. Den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes kommt hier eine große Bedeutung zu, so Geißler. Schließlich prüfen sie die Fakten. Geißler forderte Beamtinnen und Beamte auf, Einspruch gegen Sachverhalte und Pläne zu erheben, die ihnen fehlerhaft erscheinen. Auch sie müssten die Möglichkeit haben, abweichende

Konzepte vorzutragen. Das verlange eine offene Diskussionskultur in der Verwaltung, die institutionalisiert werden solle.

Nach Meinung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer entgleitet dem Staat die Kontrolle zunehmend, wenn

öffentliche Aufgaben an private Unternehmen vergeben werden. Entstaatlichung und Rückführung öffentlicher Dienste auf Kernaufgaben rächten sich, warnte Michael Sommer. „Irgendwann hat man ein nicht mehr funktionierendes Staatssystem.“ Der DGB-Chef betonte: „Wir können uns einen Staat ohne funktionierenden öffentlichen Dienst nicht leisten.“ Öffentliche Aufgaben seien allerdings nicht kostenlos zu haben. „Es ist falsch, den öffentlichen Dienst als Teil des Problems der leeren öffentlichen Kassen zu sehen“, erklärte Sommer. Er bezeichnete es als „Missbrauch von Bürgerbeteiligung“, wenn Bürger und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gegeneinander ausgespielt würden. Sommer verwies auf die Bundesagentur für Arbeit, deren Mitarbeiter eine Sparvorgabe von 2,5 Milliarden Euro umsetzen sollen. Der Staat muss sich auch „um seine Leute kümmern“, betonte Sommer. Für ihn gehört dazu ein würdiges Arbeiten und eine Bezahlung, von der ein Beschäftigter eine Familie ernähren und im Alter leben kann. Hier habe der öffentliche Dienst seine Vorbildfunktion „gründlichst verloren“.

Bei der Besoldung der Beamtinnen und Beamten ist durch die Föderalismusreform ein beabsichtigter Wettbewerb zwischen Bund und Ländern eingetreten, wie Cornelia Rogall-Grothe (CDU) bekannte. Die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium sprach am zweiten Tag der Veran-



→ staltung über die Frage „Wohin entwickelt sich die Arbeit im öffentlichen Dienst? Zwischen Bürgerbeteiligung und Föderalismusreform“. Ihrer Ansicht nach sei kein „dramatisches Auseinanderdriften“ der Gehälter erkennbar. An der Spitze lägen der Bund und Bayern. Der Abstand zur Spitzengruppe sei mit einer Abweichung von maximal zehn Prozent „nicht extrem groß“, sagte sie unter empörten Zwischenrufen. Rogall-Grothe sah keinen Anlass, bei der Reform umzusteuern. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock beobachtet „eine Entwicklung, die wir so nicht wollten“. Der Unterschied zwischen dem Jahresbruttogehalt in der Besoldungsgruppe A 10 in Bayern und in Berlin beträgt ihren Angaben zufolge 4.400 Euro (siehe auch Seite 22). Die sogenannte Reform müsse zurückgenommen werden, forderte Sehrbrock. Gegensätzliche Positionen vertreten Innenministerium und DGB auch bei der Frage des Streikrechts für Beamte. Rogall-Grothe löste zwar Heiterkeit mit dem Satz: „Das Bundesinnenministerium als Dienstrechts- und Verfassungsressort hält am Streikrecht fest“ aus. Sie korrigierte sich jedoch. Auf das Thema Streikrecht angesprochen, hatte Dr. Heiner Geißler am Vortag den Beamtenstatus zunächst infrage gestellt gesehen. „Dann müssen Sie den Status aufgeben“, sagte er. Für problematisch hält er ein Streikrecht, wenn Gesundheit und Leben unbeteiligter Menschen dadurch unmittelbar bedroht wären. Insofern müsse man ein generelles Streikverbot differenziert bewerten, die er abschließend ausführte.

#### Auszeit vom Beruf

Rogall-Grothe zeigte in ihrem Vortrag Bemühungen auf, um als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst auch angesichts einer sinkenden Zahl von jungen Menschen Nachwuchs zu gewinnen. Das Ministerium arbeite mit einem computergestützten Verfahren daran, Arbeitsplätze passgenau zu besetzen. Es unterstütze Beschäftigte mit Kindern und mit pflegebedürftigen Angehörigen. Ein Gesetzentwurf sei in Arbeit, damit auch Beamtinnen und Beamte die neue Familienpflegezeit in Anspruch nehmen können. Diese ermöglicht eine Auszeit vom Beruf durch einen Gehaltsvorschuss des Arbeitgebers, der dann zurückzuzahlen ist. Dieses Gesetzgebungsvorhaben war bereits im Sommer vom DGB eingefordert worden.

Eine funktionierende Verwaltung mit motivierten Mitarbeitern ist auch Voraussetzung für die Beteiligung der Bürger, betonte Rogall-Grothe. Hierbei wolle die Bundesregierung neue Formen ausprobieren, die das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung stärken sollen. Rogall-Grothe kündigte etwa ein elektronisches Programm an, das öffentliche Daten aller Verwaltungen zugänglich macht. ■

[www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de)

# Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

## Beamtendarlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 80.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

### Jetzt Angebot anfordern:

**NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG**  
 Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg  
 Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457  
 MBoeD@nuernberger.de

**INFO-SERVICE**  
 Öffentlicher Dienst/Beamte

INFO-SERVICE  
 1. Industriestr. 1–3  
 68804 Altlußheim

# Praxisforen

## Mitwirkung in der Schule

### Hohe Ansprüche an Lehrer

Über das Maß an Beteiligung von Eltern in der Schule haben die Teilnehmer im Forum „Mitwirkung der Eltern in der Schule: Lehrkräfte im Spannungsverhältnis von hohen Erwartungen und Zeitdruck?“ diskutiert. Marianne Demmer, Mitglied des GEW-Hauptvorstandes, berichtete, dass Eltern hohe Ansprüche und Erwartungen an die Schule und die Lehrkräfte haben, damit ihre Kinder für die Berufswelt, die immer höhere Anforderungen an die jungen Menschen stellt, gut vorbereitet werden. Damit stehen die Lehrkräfte in einem Spannungsverhältnis zwischen dem „Wollen“, diesen durchaus berechtigten Ansprüchen gerecht zu werden und dem „Können“, dies mit dem zur Verfügung stehenden Zeitbudget zu bewältigen. Dass vor diesem Hintergrund eine Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule zum Wohle des Kindes notwendig ist, wurde im Rahmen des Forums anerkannt. Diskussionsbedarf bestand jedoch darüber, in welcher Form diese verwirklicht werden sollte. Professor Rolf Dubs von der Universität St. Gallen differenzierte hierzu zwischen Mitwirkung, zum Beispiel Hilfe bei den Hausaufgaben, Mitsprache in Form von Kommunikation und Mitbestimmung. Als äußerst hilfreich und sinnvoll erachtete er, dass Eltern eine Mitwirkung und Mitsprache zugestanden wird. Mitbestimmung der Eltern hingegen verstärkte die soziale Demontage der Lehrerinnen und Lehrer.

Als zentrales Ergebnis des Forums konnte festgestellt werden, dass die Mitwirkung der Eltern in einem gewissen Rahmen erwünscht ist. Die wichtigsten Faktoren dabei seien die Interaktion und Kommunikation zwischen den Lehrkräften und dem Elternhaus, denn nur so könnten beide Seiten für einander sensibilisiert werden. ■

## Kundenorientierung

### Im Dienst der Privatwirtschaft

In privatisierten, ehemaligen Staatsunternehmen erfüllen Beamtinnen und Beamte öffentliche Aufgaben nach den Regeln des privatwirtschaftlichen Unternehmens. Sie sollen zum Gewinn des Unternehmens beitragen, machten die Referenten zum Thema „Kundenorientierung in privatisierten Unternehmen: Müssen Beschäftigte die Suppe auslöffeln?“ klar. „Die Mitarbeiter sollen verkaufen“, brachte es der Vorsitzende des Konzernbetriebsrats Deutsche Post, Thomas Koczelnik, auf den Punkt. 5.000 Beamte arbeiteten nach der Übernahme der Postbank sogar für ein extrem auf Gewinnmaximierung ausgerichtetes Unternehmen, die Deutsche Bank. Die Leistungsanforderungen an die Beschäftigten und die Arbeitsbelastung nehmen zu, wie auch Hermann-Josef Müller aus dem Bahnkonzern berichtete. Dabei sollen sie auf die Bedürfnisse von Kunden eingehen. Kundenorientierung sei aber nicht gleichzusetzen mit unternehmerischem Denken, differenzierte Dr. Stephan Voswinkel vom Institut für Sozialforschung der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Viele Organisationen verstünden darunter, dass die Beschäftigten sich



zurücknehmen und kundenorientiertes Verhalten befolgen. Sie müssten jedoch Freiräume und Zeit erhalten, um auf die Wünsche der Kunden eingehen zu können. Wer Kundenorientierung ernst meine, müsse die Arbeit im Kontakt mit den Kunden ernst nehmen. Voswinkel führte als Beispiel den Zugbegleiter an, dessen Aufgabe vielfältige Kompetenzen wie Menschenkenntnis, Autorität und Multitasking erfordere. „Kundenorientierung heißt auch Mitarbeiterorientierung“, betonte der Soziologe. Unterschiedliche Statusmodelle der Beschäftigten im Unternehmen findet er nicht gut. „Beamte, die als Auslaufmodell gesehen werden, halten sich auch selbst für ein Auslaufmodell.“

Müller sieht Beamte durch ihren Status benachteiligt. Der stellvertretende Vorsitzende des Besonderen Hauptpersonalrats beim Bundeseisenbahnvermögen ist der Auffassung, dass Führungskräfte unter Bewerbern den Angestellten bevorzugen. Koczelnik beobachtet, dass die Bereitschaft schwindet, sich mit Beurteilungen, die für das berufliche Fortkommen entscheidend sind, auseinanderzusetzen. ■

## Bürger und Polizei

### Zusammenarbeit hat Grenzen

Bürgerbeteiligung ist im Polizeibereich nicht bedingungslos möglich. So lautet nach intensiver Diskussion die Antwort auf die Frage im Forum „Bürger und Polizei: Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen?“. Die Grenzen zeigen sich da auf, wo der originäre Aufgabenbereich der Polizei und deren personelle Kapazitäten tangiert sind. Darin waren sich sowohl die Referenten Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, und Professor Hans-Jürgen Lange, Politikwissenschaftler an der Universität Witten/Herdecke, als auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums einig.

Außerhalb dieser Grenzen könnten jedoch durchaus positive Effekte durch die Partnerschaft zwischen Bürgern und Polizei erzielt werden. Diese findet nach Ansicht von Lange hauptsächlich in Form von Sicherheitspartnerschaften und Kriminalpräventiven Räten statt. Die Beteiligten seien allerdings eher Gremienmitglieder, der Bürger als Einzelperson werde hingegen in der Regel nicht angesprochen.

Witthaut sieht die Bürgerbeteiligung auch als ein Instrument an, um die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Arbeit der Polizei zu erhalten und zu verbessern. Schließlich sei die Polizei nicht nur bloße



Eingriffsverwaltung, sondern nehme auch darüber hinaus Aufgaben wahr. Die Zusammenarbeit kann laut Witthaut aber nicht dazu dienen, Aufgaben abzubauen. Vielmehr solle sie vorrangig zur Steigerung des Sicherheitsgefühls jedes Einzelnen beitragen, aber auch zur Verhinderung von Straftaten. ■

## **Bürgerhaushalte und Bürgerbefragungen** **Werden die Bürger gegen die Beschäftigten** **in Stellung gebracht?**

Trotz dieser leicht polemisch gestellten Frage gab die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an, das Instrument der Bürgerbeteiligung als Chance und nicht als Gefahr zu begreifen. „Es lohnt sich über neue Formen der Bürgerbeteiligung nachzudenken“, sagte Dr. Carsten Herzberg von der Universität Potsdam. Er gab einen kurzen Rundumschlag zum Thema „Bürgerhaushalte“, indem er verdeutlichte, dass eine sinnvolle Bürgerbeteiligung sowohl Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger als auch für den Dienstherrn bergen. Daher müsse der Bürger „ins Boot geholt werden“. Hierfür sei es notwendig, dass die Bürgerbeteiligung nicht als Legitimation für Sparmaßnahmen erhalten müsse, sondern Budget zur Verwirklichung der Forderungen bereit gestellt werde. Eine Scheinbeteiligung des Bürgers schade dem Image der Verwaltung. Die Finanzierung der Bürgerhaushalte bereite allerdings große Schwierigkeiten. Dem kritischen Gedanken schloss sich Renate Sternatz, Fachbereichsleiterin Gemeinden in der ver.di Bundesverwaltung, an. Sie führte bei einem „Blick in die Realität“ aus, auf Grund der finanziellen Haushaltslage der Kommunen fände statt der gewünschten Partizipation nur noch eine Konsultation der Bürgerhaushalte zu kommunalen Einzelfragen statt. Diesem Ergebnis müsse durch die Vorgabe klarer Regelungen entgegen gewirkt werden. Die zunehmende Arbeitsverdichtung bei den Beschäftigten solle zudem durch Schaffung von Kapazitäten an den entsprechenden Schnittstellen der Verwaltung minimiert werden. ■

## **Streik- und Beteiligungsrechte** **Durchsetzungskraft stärken**

Nach herrschender Rechtsauffassung gilt für Beamtinnen und Beamte ein Streikverbot. Im Hinblick auf diese Rechtslage fragte Ilse Schaad,

Mitglied des GEW-Hauptvorstandes, in die Runde der Zuhörer: „Was ist ein Koalitionsrecht wert, wenn man sich in der Koalition nicht zusammen für seine Rechte einsetzen kann?“ Von Seiten des Dienstherrn fiel die Antwort im Forum mit dem Titel „Sind Beamtinnen und Beamte Beschäftigte ohne Grundrechte? Die aktuellen Auseinandersetzungen um Streik- und Beteiligungsrechte“ eindeutig aus. Aus Sicht des Ministerialdirigenten Professor Hans Hofmann, Leiter der Abteilung Dienstrecht im Bundesministerium des Innern, ist das Fehlen des Streikrechts derzeit angemessen. Es bestehe eine Symmetrie der beamtenrechtlichen Pflichten und Rechte. Dieses Gleichgewicht könne nicht einseitig angefasst werden. An der Existenz einer solchen Ausgewogenheit hegt Schaad allerdings Zweifel. In den vergangenen Jahren hätten die Beamtinnen und Beamten viele Einschnitte hinnehmen müssen. Eine Diskussion über ihre Rechte sei dabei stets zu kurz gekommen.

Klaus Weber, Bundesbeamtensekretär bei ver.di, appellierte an die Beamtinnen und Beamten, ihre Rechte aktiv einzufordern und wahrzunehmen. Darüber hinaus machte er darauf aufmerksam, dass sich die Qualität der gewerkschaftlichen Beteiligungsrechte als verbesserungswürdig darstellt. Beteiligungsgespräche und Lobbyarbeit seien unzureichende Instrumente. Um die Interessen der Beamtinnen und Beamten wirksam vertreten zu können, bedürfe es vielmehr echter Vereinbarungsrechte. ■

## **Aus- und Weiterbildung** **Personalmanagement nötig**

Die Frage „Wie kann die Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Dienst zu guter Arbeit beitragen?“ hat die Diskussion im Jugendforum bestimmt. Im Vordergrund stand der Austausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Unter der Überschrift „Mein gutes Erlebnis zwischen Schreibtisch und Aktenschrank“ berichteten sie über positive Erfahrungen und erarbeiteten Anregungen, wie die Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Dienst verbessert werden könnte. So sollten neben mehrtägigen Seminaren und Workshops für Auszubildende direkte Kundengespräche intensiver in die Ausbildung einbezogen werden. Die individuellen Stärken der Auszubildenden und Mitarbeiter müssten erkannt und in Form von Weiterbildungen gefördert werden, betonten die Besucher des Forums.

Als einen der wichtigsten Aspekte auf dem Weg zu guter Arbeit stellte die Teilnehmergruppe ein modernes Personalmanagement mit individueller Personalentwicklung heraus. Ein solches Konzept sei die Grundlage für eine verbesserte Aus- und Weiterbildung, bestätigte Professor Manfred Röber von der Universität Leipzig in seiner anschließenden Stellungnahme zu den erarbeiteten Vorschlägen. Ein entscheidender Faktor seien dabei Personalentwicklungskonzepte, die Anreize für die Mitarbeiter schaffen, sich für Weiterbildungen zu interessieren. „Denn Dienst nach Vorschrift können wir uns nicht leisten“, sagte Röber.

# Praxisforen

Das alleinige Anhäufen von neuem Wissen reiche nicht aus, um Mitarbeiter zur Weiterbildung zu motivieren. Dreh- und Angelpunkt sei in diesem Bereich ein gutes Personalmanagement. ■

## Interkulturalität

### Zu wenige Migranten

Der öffentliche Dienst zählt unter seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu wenige Menschen mit ausländischen Wurzeln. Das stellten nicht nur die Referenten im Forum „Interkulturalität: Abbau von Hürden beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Ämtern?“ fest. Besucherinnen und Besucher der Diskussionsrunde bemerken es täglich am Arbeitsplatz. Ein Personalratsvorsitzender aus Sachsen nannte einen Anteil von 0,2 Prozent bei der dortigen Polizei.

Referentin Dr. Talibe Süzen wunderte sich darüber, dass sich die Zahl von 15,7 Millionen eingewanderten sowie in Deutschland geborenen

nen. In der Verwaltung sei zu wenig über die Bedürfnisse dieser Gruppe bekannt, um spezifische Angebote machen zu können. Den gewünschten Adressaten wiederum mangle es an Informationen über die komplexen Möglichkeiten. Die Gesellschaft müsse ihnen Chancen eröffnen. Süzen veranschaulichte das Ziel mit einem Bild: „Chancengleichheit besteht nicht darin, dass jeder einen Apfel pflücken darf, sondern dass der Zwerg eine Leiter bekommt.“ ■

## Betriebliches Gesundheitsmanagement

### Klare Regelungen unverzichtbar

„Ein gesunder Mitarbeiter ist ein besserer Mitarbeiter“, stellte Professor Bernhard Badura von der Universität Bielefeld fest. Dem stimmten Professor Sebastian Brandl, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Susanne Thomä, Stellvertretende HPR-Vorsitzende der Deutschen Rentenversicherung Bund und Achim Meerkamp, Mitglied des ver.di-



Menschen, in den meisten Einrichtungen nicht im Geringsten in der Personalbesetzung widerspiegeln. Ein großes Potenzial bleibe ungenutzt, machte die Referentin für interkulturelle Kinder- und Jugendhilfe beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt deutlich.

Der öffentliche Dienst wirbt verstärkt um Migrantinnen und Migranten, doch die Einstellung scheitert meist. Als beispielhaft für die Bemühungen der Polizei erwähnte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek die Ansätze der Projektgruppe der Bundespolizei am Flughafen Frankfurt. Die Polizistinnen und Polizisten stellen ihre Arbeit unter anderem an Schulen vor. Auf die Angesprochenen wirken diese Bemühungen nach Radeks Schilderung häufig allerdings befremdlich. Sie erlebten Polizisten als Uniformträger, die auch die staatliche Gewalt ausüben – und nun sollten sie daran mitwirken. Auch formale Hürden wie die deutsche Staatsbürgerschaft erschwerten den Zugang zum öffentlichen Dienst.

Dr. Sonja Dudek von der „Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ regte an, die Einstellungskriterien zu überprüfen, damit auch Migranten mit ihren Kompetenzen punkten kön-

Bundesvorstands zu. Dies könne nur durch eine mitarbeiterorientierte Gesundheitspolitik erreicht werden, bei der die Faktoren, die zu höheren Krankheitsständen im öffentlichen Sektor führen – beispielhaft sei hier die Arbeitsverdichtung in Folge des Personalabbaus genannt – ernst genommen werden und gezielt gegengesteuert werde. Für Badura ist dabei die psychische Gesundheit von zentraler Bedeutung, weswegen sie durch verbesserte Arbeitsbedingungen konsequent geschützt und gefördert werden müsse. Ein Mittel könnten Dienstvereinbarungen im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements sein. Thomä machte deutlich: „Ein aktives BGM muss auf jeder Ebene mit allen Konsequenzen gewollt sein“. Für ein funktionierendes Betriebliches Gesundheitsmanagement seien klare Regelungen von der Festlegung des Budgets über die Qualifizierung und Unterstützung der verantwortlichen Führungskräfte bis hin zur Motivation und Einbindung der Beschäftigten erforderlich. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, sei es möglich, über eine Verbesserung der Arbeitsplatzqualität zu einer Verringerung der Krankheitsstände und damit der Fehlzeiten zu kommen und positive Effekte auf Beschäftigten- als auch auf Dienstthereseite zu erzielen. ■



Deutscher Personalräte-Preis 2012

## Gold für Einsatz gegen prekäre Beschäftigung

Der Personalrat Schulen Bremen erhielt den diesjährigen Deutschen Personalräte-Preis in Gold. Mit dem Abschluss von zwei Dienstvereinbarungen konnte das Gremium deutliche Verbesserung bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen für Pädagogische Mitarbeiter/innen, Vertretungslehrkräfte sowie Küchenpersonal erreichen. Gewürdigt wurde damit vor allem der Einsatz gegen prekäre Beschäftigung. Der „Deutsche Personalräte-Preis 2012“ ist eine Initiative der Zeitschrift „Der Personalrat“ und wird gemeinsam mit dem DGB-Bundesvorstand und in Kooperation mit der HUK-COBURG vergeben. Preiswürdig sind Initiativen und Projekte, die beispielhaft sind für den Einsatz von Personalräten, wenn es etwa um die Bewältigung von Krisen oder die Erhaltung und Schaffung von vollwertigen Arbeitsplätzen geht. Eine hochkarätig besetzte Jury aus Gewerkschaften, Wissenschaft und ausgewiesenen Praktiker/innen traf dazu in diesem Jahr eine Auswahl aus über 40 eingereichten Projekten.

Die Auszeichnung in Silber erhielt der Gesamtpersonalrat beim Staatlichen Schulamt Frankfurt am Main. Die Personalvertretung kümmert sich seit Jahren engagiert um Arbeits- und Gesundheitsschutz. Als herausragendes Beispiel für ihr Engagement wurde jetzt die vom Gremium initiierte und durchgesetzte Dienstvereinbarung Mobbing gewürdigt. Der Deutsche Personalräte-Preis in Bronze ging an den Hauptpersonal-



Michael Kröll Foto: Micika Mrkus

rat Berlin. Die Personalvertreter wehrten sich erfolgreich gegen nachteilige Stufenzuordnungen und geplante Herabgruppierungen zu Lasten der Beschäftigten.

Ergänzend zu den „Edelmetall“-Ehrungen wurde ein HUK-COBURG-Sonderpreis an den Personalrat Städtische Friedhöfe München vergeben.

Dieser hat erfolgreich ein Gesundheitsprojekt gegen psychische Belastungen durch den täglichen Umgang mit Tod und Trauer implementiert. Die Streichung von Fahrtkosten durch den Arbeitgeber zur auswärtigen Berufsschule wollten die Azubis der Stadt Nürnberg nicht hinnehmen. Die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung mobilisierte dagegen und verhinderte so eine massive finanzielle Belastung für die Jugendlichen. Dafür erhielten sie den Sonderpreis der DGB-Jugend.

Unter dem Motto „Initiativen für Beschäftigte“ soll der Preis in 2013 an besonders aktive Personalräte verliehen werden. Weitere Informationen dazu unter [www.deutscherpersonalraete-preis.de](http://www.deutscherpersonalraete-preis.de). ■

Michael Kröll

Redaktion Der Personalrat



DGB

## Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)





## Impressionen vom Schöneberger Forum 2012 Berlin





1. Die Gewinner des Deutschen Personalräte-Preises 2012 bei der Preisverleihung v.l.n.r.: Hauptpersonalrat Berlin (Bronze), Personalrat der Schulen Bremen (Gold), Ingrid Sehrbrock, Gesamt-Personalrat beim Staatlichen Schulamt Frankfurt (Silber), Gesamt-JAV der Stadt Nürnberg (Sonderpreis der DGB-Jugend), Frank Braun (HUK-Coburg) und Personalrat Städtische Friedhöfe München (HUK-Coburg-Sonderpreis).
2. Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Heiner Geißler, Bundesminister a. D. und die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ingrid Sehrbrock (v.l.n.r.) im Gespräch.
3. Teilnehmer in Praxisforum V „Sind Beamtinnen und Beamte Beschäftigte ohne Grundrechte? Die aktuellen Auseinandersetzungen um Streik- und Beteiligungsrechte“.
4. Die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ingrid Sehrbrock beim Auftakt zur Verleihung des Deutschen Personalrätepreises 2012.
5. Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgen in Praxisforum IV die Diskussion über „Bürgerhaushalte und Bürgerbefragungen: Werden die Bürger gegen Beschäftigte in Stellung gebracht?“.
6. Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, referiert in ihrem Gastbeitrag über die Frage „Wohin entwickelt sich die Arbeit im öffentlichen Dienst? Zwischen Bürgerbeteiligung und Föderalismusreform“.
7. In seinem Einführungsvortrag erläutert Dr. Heiner Geißler die Folgen fehlender Einbindung der Bürgerinnen und Bürger am Beispiel „Stuttgart 21“.
8. Eine ZuhörerIn folgt den Worten von Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe.
9. Der Berliner Abend bietet für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Schöneberger Forums die Gelegenheit für den Austausch untereinander.
10. Die Musiker der Band „Fiesta Poets“ begleiten den Berliner Abend.

Fotos: Simone M. Neumann





Kommentar von **Bernhard Witthaut**, Bundesvorsitzender der GdP

## Zusammenarbeit erfordert Zivilcourage

Das Schöneberger Forum 2012 hatte den Titel: Bürgerbeteiligung und öffentlicher Dienst: Zwischen Demokratisierung und Arbeitsverdichtung. In dem Forum „Bürger und Polizei: Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen?“ wurde darüber diskutiert, ob und gegebenenfalls wie durch eine Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern eine Sicherung und Verbesserung der öffentlichen Sicherheit erzielt werden kann. Das Sicherheitsgefühl der Bürger wird durch viele Arten von Kriminalität, wie Betrug, Gewalt, Rechtsextremismus, aber auch durch neue Formen der Kriminalität in den neuen Medien beeinträchtigt.

Ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Polizei kann dazu beitragen, die Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern und ist damit auch im Interesse der öffentlichen Sicherheit nötig. Sie trägt allerdings nicht dazu bei, die Polizei aufgabenmäßig zu entlasten. Diese Zusammenarbeit wird die unverändert hohe Aufgabendichte der Polizei nicht abbauen, sondern lediglich ein größeres Sicherheitsgefühl im unmittelbaren Nahbereich vermitteln, bzw. zur Unterstützung der polizeilichen Ziele beitragen. Nicht zu verkennen ist, dass die Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern mit der Polizei keine „Nebenaufgabe“ sein kann. Sie bindet bei der Polizei auch Ressourcen. Wenn sich die Polizei nämlich anbietet, als Partner in Fragen Sicherheit ständig und rund um die Uhr verfügbar zu sein, dann müssen diese Zusagen auch eingehalten werden. Das bindet Zeit und Personal. Voraussetzung für eine solche Zusammenarbeit ist auch, dass bei den Bürgern das „Image“ der Polizei stimmt – und zwar in allen Altersstufen.



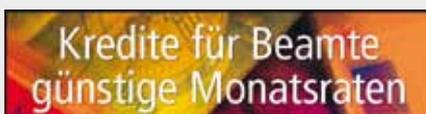
Bernhard Witthaut Foto: GdP

Zusammenarbeit erfordert jedoch auch Zivilcourage. Hinsehen statt Wegschauen, Engagement statt Gleichgültigkeit sind hier angesagt. Zivilcourage zeigen heißt aber auch, mutig in der Öffentlichkeit für Humanität und Demokratie aufzutreten.

Aber auch die Förderung der Zusammenarbeit über die Medien und Kommunikationsmittel gewinnt für die Polizei immer mehr an Bedeutung.

Pläne einzelner Bundesländer, fehlende Polizeikräfte durch Bürgerwehren, Bürgerstreifen und private Sicherheitsdienste zu ersetzen sind konsequent abzulehnen. Hobby-Polizisten sind mit professioneller Polizeiarbeit ganz klar überfordert. Ein solches Vorhaben gefährdet zudem das staatliche Gewaltmonopol und damit auch den Rechtsstaat. Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durch die Polizei bliebe damit auf der Strecke. Es ist an der Zeit, dass die Politik ein klares Bekenntnis zur Polizei - bei klarer Definition der Aufgaben abgibt. Es wäre eine hochgefährliche Entwicklung, wenn die Bürgerinnen und Bürger nach Möglichkeiten suchen müssen, sich selbst zu schützen, weil der Polizei durch politische Fehlentscheidungen das erforderliche Personal nicht mehr zur Verfügung steht. ■

### Internetanzeigen im Bannerformat Online. der schnelle Weg zum Ziel



**Darlehen gibt es auch für Tarifkräfte**  
[www.beamtenkredite-online.de](http://www.beamtenkredite-online.de)



**Mit einer Stellenbörse für Ausbildungsplätze**  
[www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de](http://www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de)



**Nur 10 Euro im Jahr: OnlineBücher des DBW**  
[www.dbw-online.de/onlineservice](http://www.dbw-online.de/onlineservice)



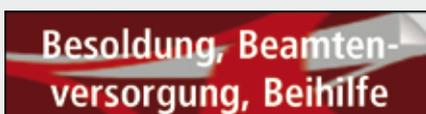
**Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst**  
[www.der-oeffentliche-sektor.de/bezugekonto](http://www.der-oeffentliche-sektor.de/bezugekonto)

### Sie wollen sich hier präsentieren?

Ihre Banner-Anzeige präsentieren wir im Beamten-Magazin und im Internet unter [www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de). Für den Komplettpreis von 60 Euro (zzgl. MwSt.) erreichen Sie 34.000 Leser und monatlich 50.000 Besucher. Anzeigenbuchung unter [www.beamten-magazin.de/anzeigenmarketing](http://www.beamten-magazin.de/anzeigenmarketing).



**Aus der Praxis für die Praxis**  
[www.die-oeffentliche-verwaltung.de/seminare](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de/seminare)



**Der PDF-SERVICE für 15 Euro im Jahr**  
[www.beamten-informationen.de/pdf\\_service](http://www.beamten-informationen.de/pdf_service)



**DBW Unser Angebot – Ihr Vorteil**  
[www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)



**Urlaubsverzeichnis**  
[www.urlaubsverzeichnis-online.de](http://www.urlaubsverzeichnis-online.de)

16. Schöneberger Forum 26. – 27. November 2013

## Gute Arbeit – Faire Bedingungen Fachtagung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes hängt von seinen Beschäftigten ab. Im Schöneberger Forum am 26. und 27. November 2013 wollen die Hans-Böckler-Stiftung und der Deutsche Gewerkschaftsbund den fachlichen Austausch dazu in den Vordergrund stellen, wie die Arbeit der Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten so gestaltet werden kann, dass die Leistungen, die vom öffentlichen Dienst, aber auch von privatisierten Unternehmen erbracht werden, zur Bewältigung der gesellschaftlichen Aufgaben beitragen. Im Einzelnen werden z. B. zu den Veränderungen des Beamtenrechtes in der Folge der Föderalismusreform Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten vorgestellt werden. Der Bund und die Bundesländer nutzen ihre Rechtssetzungskompetenz, um z. T. sehr differenzierte Lösungen im Laufbahnrecht und der Besoldung zu finden. In der Praxis sollen viele Neuregelungen die Durchlässigkeit erhöhen und so zur Flexibilität beitragen. Das Schöneberger Forum 2013 soll die Frage beantworten, inwieweit dies angesichts der föderalen Differenzierung möglich ist. Neben den dienstrechtlichen Themen wird auch die Frage der Arbeitsbelastung und des Gesundheitsmanagements auf die Tagesordnung



gesetzt. Fraglich ist, welche Modelle der Arbeitsorganisation es gibt, wie mit Aufgabenausweitung in den Dienststellen umgegangen wird, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse Lösungen bereit halten. Die demografische Herausforderung wird in jüngster Zeit häufig medial inszeniert. Was heißt Demografie aber für die Arbeit im öffentlichen Dienst? Welche Modelle des Wissensmanagements werden eingesetzt. Wie können Übergangsprozesse organisiert werden? Wie kann die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes angesichts des absehbaren Fachkräftemangels gewährleistet werden? Welche Qualifizierungsmaßnahmen sind in diesem Zusammenhang erforderlich, wie können attraktivere Arbeitsbedingungen geschaffen werden? Bitte notieren Sie sich schon jetzt den Termin des Schöneberger Forums 2013. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Hans-Böckler-Stiftung freuen sich, im nächsten Jahr wieder hochkarätige Expertinnen und Experten für den fachlichen Austausch zu gewinnen. ■



# Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst Mitgliedseinrichtungen des DBW

Unser Angebot  
Ihr Vorteil

Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
[www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)



Deutscher Gewerkschaftsbund  
[www.dgb.de](http://www.dgb.de)



dbb beamtenbund und tarifunion  
[www.dbb.de](http://www.dbb.de)



Autoclubs und  
Einkaufsvorteile

Automobil-Club Verkehr  
[www.acv.de](http://www.acv.de)



Auto- und Reiseclub Deutschland  
[www.arcld.de](http://www.arcld.de)



BSW. Der BonusClub  
[www.bsw.de](http://www.bsw.de)



Bankdienstleistungen

BBBank  
[www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)



Verband der Sparda-Banken e.V.  
[www.sparda.de](http://www.sparda.de)



Bausparen

Wüstenrot Bausparkasse AG  
[www.wuestenrot.de](http://www.wuestenrot.de)



SELBSTHILFEEINRICHTUNGEN  
für den öffentlichen Dienst  
Unser Angebot – Ihr Vorteil

Versicherungen

die Bayerische  
[www.diebayerische.de](http://www.diebayerische.de)



Badische Versicherungen  
[www.bgv.de](http://www.bgv.de)



dbb vorsorgewerk  
[www.dbbvorsorgewerk.de](http://www.dbbvorsorgewerk.de)



DBV  
[www.dbv.de](http://www.dbv.de)



Debeka  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)



DEVK Versicherungen  
[www.devk.de](http://www.devk.de)



HUK-COBURG  
[www.huk.de](http://www.huk.de)



NÜRNBERGER Versicherungen  
[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)



SIGNAL-IDUNA  
[www.signal-iduna.de](http://www.signal-iduna.de)



VPV Versicherungen  
[www.vpv.de](http://www.vpv.de)



# Meldungen

Bund

## Mehr Urlaubstage

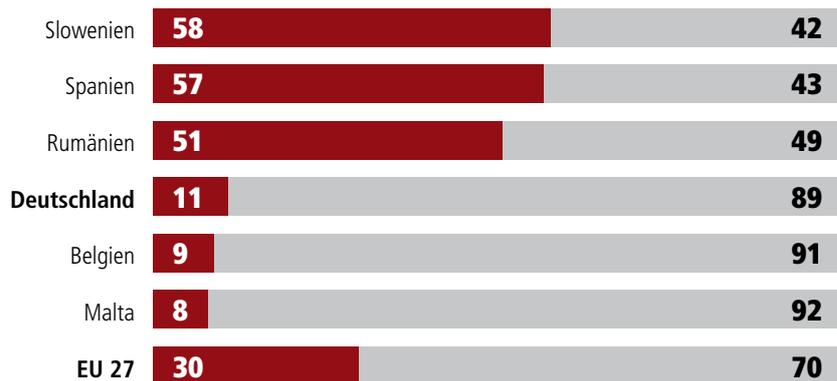
Beamtinnen und Beamte des Bundes haben künftig 29 Tage Urlaub im Jahr. Das hat das Bundeskabinett beschlossen. Ab einem Alter von 55 Jahren erhöht sich der Urlaubsanspruch ab 2013 um einen weiteren Arbeitstag auf 30 Tage. Beamtinnen und Beamte, die bisher schon 30 freie Tage nehmen durften, behalten diesen Anspruch. Für die Jahre 2011 und 2012 steht allen Bundesbeamtinnen und -beamten ein Urlaubsanspruch von 30 Tagen zu. Damit trägt die Bundesregierung einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts Rechnung und übernimmt Regelungen aus dem Tarifbereich. Das Gericht hatte die Staffelung des Urlaubsanspruchs nach Lebensalter im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst als Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot beurteilt. Damit die zusätzlichen freien Tage für das Jahr 2011 nicht verfallen, gibt es eine Sonderregelung. Der Urlaub kann bis zum 31. Dezember 2013 genommen werden. Bisher erhalten Bundesbeamte je nach Lebensalter und Besoldungsgruppe 26 bis 30 Tage Urlaub. ■

## Zuzahlung bei Arztbesuchen entfällt

Auch Beamtinnen und Beamte des Bundes sollen keine Praxisgebühr mehr zahlen müssen. Die Zuzahlung in der Beihilfe wird laut Bundesinnenministerium abgeschafft. Für gesetzlich Krankenversicherte entfällt ab 2013 die Praxisgebühr von 10 Euro je Quartal bei Arztbesuchen. „Gut, dass der Eigenbehalt in der Beihilfe für Beamtinnen und Beamte des Bundes ebenfalls entfallen soll“, sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Dies sei eine gute Nachricht angesichts zahlreicher Einschnitte bei den Beihilfeleistungen in den vergangenen Jahren. Seit der Einführung der Praxisgebühr 2004 werden Beamtinnen und Beamten für ärztliche Leistungen zehn Euro pro Quartal von den erstatteten Kosten für ihre gesundheitlichen Aufwendungen abgezogen. Eigenbehalt

## Männer sind einsame Spitze

Frauenanteil in Top-Positionen der öffentlichen Verwaltungen (in Prozent)  
EU-Länder mit dem höchsten und geringsten Anteil



Quelle: Europäische Kommission; aus DGB einblick 21/12

te gibt es zum Beispiel auch bei Arzneimitteln und Krankenfahrten. Dadurch spart der Dienstherr bei den Ausgaben für Krankheitsfälle, Pflege und Geburt.

„Der DGB hat sich immer wieder gegen die Praxisgebühr und die Übertragung auf die Beihilfe ausgesprochen“, rief Sehrbrock in Erinnerung und forderte: „Da sie jetzt wegfällt, muss folglich auch der Eigenbehalt gestrichen werden.“

Neben der Abschaffung der Praxisgebühr sind auch verbesserte Leistungen in der Beihilfe geplant. Die im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung anerkannte ambulante neuropsychologische Therapie wird auch in die erstattungsfähigen Leistungen der Beihilfe aufgenommen. Beihilfeberechtigte pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen dürfen Verbesserungen durch die Übertragung des Pflegeausrichtungsgesetzes auf das Beihilferecht erwarten. Sie erhalten höhere Beihilfe in den Pflegestufen I und II und können auch Kosten für die häusliche Versorgung erstattet bekommen, wenn sie keiner Pflegestufe zugeordnet sind. ■

## Nur hochrangige Frauen kommen an Spitze des Aufsichtsrats

In öffentlichen Unternehmen sind Frauen auf Führungspositionen noch seltener vertreten als in der öffentlichen Verwaltung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung von Julia Schimeta vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW). In den Beteiligungsunternehmen des Bundes sind sie laut Erhebungen des DIW aus dem Jahr 2011 zu 17,7 Prozent in Aufsichtsräten vertreten und

zu 8,2 Prozent in den Vorständen. In der Bundesverwaltung besetzt fast ein Drittel der Frauen Führungspositionen, wie aus dem Erfahrungsbericht zur Umsetzung des Bundesgleichstellungsgesetzes 2009 hervorgeht.

Sogar in den Aufsichtsräten der 30 größten börsennotierten deutschen Aktienunternehmen „kommen Frauen mit knapp 16 Prozent öfter zum Zuge als im ureigenen Einflussbereich des Bundes“, notiert Schimeta. Rund 24 Prozent der untersuchten Kontrollgremien waren 2011 nur mit Männern besetzt. Der Vorsitz ist gekoppelt an eine Funktion in der Bundesverwaltung. Dieser Mechanismus hat laut Schimeta acht Frauen mit einer Leitungsfunktion in der Bundesverwaltung einen Posten als Aufsichtsratsvorsitzende eingebracht. „Die Besetzung von Führungspositionen in der öffentlichen Wirtschaft ist also zu einem erheblichen Teil auch gekoppelt an die Besetzung der Führungsfunktionen in der öffentlichen Verwaltung“, schlussfolgert die Autorin. Die an eine Funktion gebundene Besetzung des Gremiums beruhe auf einer statusbezogenen Logik: Eine Aufsichtsratsvorsitzende soll die Interessen des Staates in einem öffentlichen Unternehmen durchsetzen. „Dazu ist es hilfreich“, schreibt Schimeta, „wenn sie mit einer besonders machtvollen Position in der Verwaltung ausgestattet ist“.

Laut Statistischem Bundesamt gab es 2009 in Deutschland 14.764 öffentliche Unternehmen. Als solche bezeichnen die Statistiker Unternehmen, an denen die öffentlichen Haushalte mit mehr als 50 Prozent des Stimmrechts oder des Nennkapitals beteiligt sind. Der Staat ist hauptsächlich im Grundstücks- und Woh-

# Meldungen

nungswesen sowie der Wasser-, Abwasser und Energieversorgung tätig. Frauen sind unter den Beschäftigten im Sozial- und Dienstleistungsbereich überrepräsentiert, in den Versorgungs-, Verkehrs- und Industriebetrieben hingegen deutlich unterrepräsentiert. ■

**i** Julia Schimeta, DIW Berlin: Einsam an der Spitze: Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Sektor. ISBN 978-1-23456-789-1.

Bahn

## EVG befürchtet schlechtere Bahn-Infrastruktur

Die EVG wirft den Bundesländern eine kurz-sichtige Haltung beim Eisenbahn-Regulierungs-gesetz vor. Das Gesetz soll den Wettbewerb

im Eisenbahnverkehr fördern. Die Änderungs-vorschläge der Länder zum Gesetzentwurf würden dazu führen, dass sich die Schienen-infrastruktur weiter verschlechtert, befürchtet die EVG. Es sei erschreckend festzustellen, dass einige Länder ausschließlich ihre Interessen vertreten, ohne die Folgen für das Gesamtsystem Schiene zu bedenken, sagt der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner. Nach dem neuen Modell würden dem System Schiene fortwäh-rend Mittel entzogen.

Bislang erwirtschaften die Verkehrsunterne-hmen ihren Eigenanteil an den Investitionen in die Infrastruktur aus den Gewinnen bei den Preisen für die Bahntrassen. „Das wird künf-tig wohl nicht mehr möglich sein“, sagt Kirch-

ner. Ziel der beabsichtigten Regulierung sei, die Preise für die Nutzung der Gleise zu sen-ken. Die Preise sollen nicht mehr eigenverant-wortlich von der Bahn festgelegt werden. Die Bundesnetzagentur wird dies überwachen. „Deren Aufgabe ist es, den Rotstift anzuset-zen und jährlich sinkende Trassenpreise durch-zusetzen“, warnt Kirchner. „Die Länder han-deln kurzsichtig, wenn sie glauben, durch niedrigere Trassenpreise Geld, etwa im Be-reich des Schienenpersonennahverkehrs, sparsen zu können.“

Kirchner kündigte an, die EVG werde den Ge-setzentwurf ablehnen und auf eine Überar-beitung drängen, solange nicht geklärt sei, wer die Einnahmeausfälle deckt. ■

**Debeka** Lebensversicherungsverein a. G. Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



**Kennen Sie Ihre Versorgungsansprüche?**  
– bei Dienstunfähigkeit durch Krankheit oder Dienstunfall und im Ruhestand

Die oftmals komplizierten Regelungen der Beamtenversorgung sind nicht immer leicht zu verstehen. Wir berechnen daher für Sie Ihre individuellen Versorgungsansprüche und bieten für Ihren persönlichen Bedarf die passenden Lösungen.

Sprechen Sie uns an, wir informieren Sie gerne.

**Debeka-Hauptverwaltung  
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 4 98 - 0  
www.debeka.de**

anders als andere **Debeka**

# Aus den Ländern



**Pläne der Landesregierung für eine längere Lebensarbeitszeit haben wütende Proteste der Brandenburger Polizei ausgelöst. Fast die Hälfte der 8.000 Polizistinnen und Polizisten im Land haben in Potsdam demonstriert.**

In vier Demonstrationsreihen sind am 14. November 2012 Polizisten, Feuerwehrleute und Justizbeamte zum Landtag in Potsdam gezogen. Von 8.000 Polizistinnen und Polizisten im Landesdienst waren 3.500 bei der Großdemonstration, wie die GdP mitteilte. Sie legte den Straßenverkehr in der Stadt zeitweise lahm. Die GdP spricht von einem „deutlichen Signal“ an die rot-rote Landesregierung, „sich endlich auf ihre Bediensteten zu bewegen und in echte Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu den brennenden Problemen Lebensarbeitszeit, Besoldung, Versorgung und Weihnachtsgeld zu treten“.

## „Beschäftigte haben es satt“

Der GdP-Landesvorsitzende Andreas Schuster beschrieb die Stimmung mit den Worten „unsere Kolleginnen und Kollegen sind stinksauer“. Die Beschäftigten haben es laut GdP satt, „bei der Streichliste von sozialen Leistungen dieser Brandenburger Landesregierung immer an oberster Stelle zu stehen“. Die Gewerkschaft, die mit weiteren Polizeigewerkschaften und der Deutschen Steuergewerkschaft zum Protest aufgerufen hatte, zählt auf dieser Liste auf: Stellenabbau, der als Polizeireform verkauft werde, Streichungen und Kürzungen bei Besoldung und Ver-



Foto: GdP Brandenburg

Andreas Schuster warf der Landesregierung vor, Leistung nicht anzuerkennen. „Sie demotiviert unsere Kolleginnen und Kollegen durch ständig neue Sparvorschläge zu Lasten der Beschäftigten.“ Mit der Demonstration wollte die GdP deutlich machen: „Wir haben als Landesdiener eine Loyalitätspflicht; diese Brandenburger Landesregierung hat uns gegenüber aber auch eine Fürsorgepflicht.“

Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut erinnerte die Demonstrantinnen und Demonstranten daran, dass sie nicht allein auf der Straße waren. Zeitgleich gehe eine Welle des Protests, aber auch der Solidarität durch Europa, sagte Witthaut. Er sprach vom Aktionstag

## Wütende Polizisten

### Großdemonstration in Potsdam gegen längere Lebensarbeitszeit und zu geringe Bezahlung

sorgung der Beamtinnen und Beamten. Die Gewerkschaft hebt hierbei die ersatzlose Streichung des Weihnachtsgeldes hervor und die bundesweit zweitschlechteste Besoldung. Hinzu soll nun „die schlechteste Regelung bundesweit bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit“ kommen. In einem Eckpunktepapier hat Innenminister Dr. Dietmar Woidke (SPD) Regelungen für die Pensionsaltersgrenzen vorgelegt. Die Beschäftigten des mittleren Vollzugsdienstes – also auch Streifenbeamte – sollen demnach wegen ihrer besonderen Belastung in Zukunft mit 62 Jahren in den Ruhestand gehen. Im gehobenen Dienst ist ein Alter von 64 Jahren angesetzt und im höheren Dienst 65 Jahre. In der Verwaltung sind es noch zwei Jahre mehr. Bei der Kundgebung ging Woidke nicht auf die Forderungen der Demonstranten ein. Er verwies auf notwendige Einsparungen im Landeshaushalt und stellte heraus, dass es in Brandenburg auch noch andere Beschäftigte außer den Beamten gebe.

gegen die soziale Spaltung Europas. „Sie alle, die durch die rigiden und unfairen Kürzungen oftmals bis auf das letzte Hemd ausgezogen werden, denen Arbeitnehmerrechte geraubt, und die in Unsicherheit, Verarmung und Perspektivlosigkeit getrieben werden, sind heute auf der Straße“, sagte der GdP-Chef.

Die Gewerkschaft erwartet, „dass die Verantwortlichen in der Landesregierung endlich neue Angebote, die auch diesen Namen verdienen, auf den Tisch legen und mit uns zeitnah in konstruktive Verhandlungen eintreten.“ Schuster machte deutlich, dass die GdP und die Beschäftigten bereit sind, dafür zu kämpfen. „Vielleicht werden zukünftig in Brandenburg nicht nur Lehrer, sondern auch Feuerwehrleute, Justizbeamte und Polizisten streiken“. Ein Streik sei sicher das letzte Mittel, sagte Schuster. „Aber wer uns dazu zwingt, der wird spüren, wozu Gewerkschaften in der Lage sind.“ ■

# Aus den Ländern

Baden-Württemberg

## Weitere Einschnitte bei Berufseinsteigern geplant

Baden-Württemberg will mit Einsparungen bei den Personalausgaben dem Ziel eines Haushalts ohne Defizit näher kommen. Die Ausgaben für Personal sind nach Einschätzung der Landesregierung mit 40 Prozent am Gesamtetat zu hoch. Bei den Beamtinnen und Beamten will die Landesregierung bei den Berufseinsteigerinnen und -einsteigern sparen. Das Grundgehalt in den Eingangssämtern der Besoldungsgruppen A 9 und A 10 soll laut Haushaltsplan für 2013/2014 um vier Prozent



Foto: istockphoto.de/Nastco

sinken. Beschäftigte in den höheren Besoldungsgruppen sollen noch stärker verzichten als bisher, die Absenkung beträgt acht statt vier Prozent. Der DGB warnt, dadurch würde die Attraktivität insbesondere von Berufen sinken, die eine akademische Ausbildung voraussetzen. Die Absenkung sei damit kontraproduktiv für die Gewinnung von Fachkräften. Ebenso scharf kritisiert der DGB die im Haushaltsbegleitgesetz geplanten Einkommensverschlechterungen für Lehrer. Die Landesre-

gierung will das Beförderungssamt in A 13 an Haupt- und Werkrealschulen sowie das Beförderungssamt bei Schulleitungsämtern abschaffen und die 2011 eingeführte Zulage für Konrektoren zurücknehmen. Der DGB sieht darin eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung der Grund-, Haupt- und Sonderschullehrer im Sekundarbereich I. ■

Bayern

## GdP: Personal zu knapp bemessen

Die GdP hält die Personalausstattung nach der Reform der Polizei in Bayern für unzureichend. Durch den Abschlussbericht einer Expertenkommission sieht sie sich darin bestätigt, dass die großen neuen Einsatzzentralen „bei der Personalzuteilung äußerst knapp bedacht wurden“. Die Kommission empfahl, darauf zu achten, dass die Personalstärke in diesen Zentralen den gewachsenen Aufgaben und der technischen Weiterentwicklung gerecht werde. Die Gutachter hielten zumindest einen offiziellen Vertreter für den Leiter der Zentrale und eine Führungsassistentin für die Verwaltungsaufgaben für dringend notwendig, teilt die GdP mit. In den Einsatzzentralen der Präsidien werden alle Notrufe angenommen und die Einsätze koordiniert. Die Kommission habe außerdem festgestellt, dass für die zusätzlichen Aufgaben, die durch den Wegfall der Polizeidirektionen teilweise auf die Inspektionen verlagert worden seien, nicht das nötige Personal bereitstehe. Die Experten empfehlen weitere Reformschritte, um die Präsenz der Polizei in der Fläche zu erhöhen. Sie stellten ihren Bericht in den zuständigen Landtagsausschüssen vor. ■

Berlin

## Schulleiter müssen Qualifizierung nachweisen

Künftige Schulleiterinnen und -leiter sowie Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamte in Berlin müssen sich für ihr Amt qualifizieren.

Das sieht eine Verordnung über die Laufbahn der Fachrichtung Bildung vor, die Bildungssektorin Sandra Scheeres (SPD) vorgelegt hat. Verpflichtend soll der Nachweis über die erfolgreiche Teilnahme an der Fortbildung ab 1. August 2015 sein. Bis dahin werden Scheeres zufolge „zahlreiche Interessentinnen und Interessenten an den schon jetzt angebotenen Maßnahmen teilgenommen haben, sodass dann eine ausreichende Zahl qualifizierter Bewerberinnen und Bewerber für Stellenbesetzungen zur Verfügung steht“. Außerdem will Scheeres die Fachlehrerlaufbahnen schließen. Für Lehrerinnen und Lehrer in diesen Laufbahnen seien die bisher vorgesehenen Beförderungssämter aber weiter erreichbar, versichert die Senatorin. Die Bildungslaufbahnverordnung soll die bisherige Schullaufbahnverordnung ersetzen. ■

Brandenburg

## ver.di befürchtet Schließung von Dienststellen

ver.di befürchtet weitere Einsparungen und Personalabbau im öffentlichen Dienst in Brandenburg. Anlass sind Pläne der Landesregierung, Landesaufgaben in großem Umfang an die Kommunen zu übergeben. „Die geplante Aufgabenübertragung an die Kommunen ist nichts als ein weiteres, groß angelegtes Sparpaket, das als Funktionalreform verkauft werden soll“, kritisiert der für Bund und Länder zuständige ver.di-Fachbereichsleiter Manfred Loos. Ein im Auftrag des Landes erstelltes Gutachten über die Möglichkeiten der Kommunalisierung schlägt größere und effizientere Verwaltungseinheiten in den Landkreisen vor. „Das hat zur Folge, dass es vermutlich viele Dienststellen in der Fläche künftig nicht mehr geben wird“, warnt ver.di. „Diese werden mit Sicherheit geschlossen und zu größeren Einheiten zusammengelegt, weil sich ja nur so Spareffekte ergeben.“ Bürgerinnen und Bürger müssten dann weitere Wege in Kauf nehmen. ■

# Aus den Ländern

## Bremen

### Mehr Frauen auf Leitungsebene

Frauen sind in Führungspositionen in Bremens öffentlichem Dienst zunehmend vertreten. Wie Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) weiter mitteilte, ist ihr Anteil in der höchsten Leitungsebene im Jahr 2010 auf 46,8 Prozent gestiegen. Im Jahr 2008 lag er bei 44 Prozent. „Frauen holen kontinuierlich auf“, sagte Linnert bei der Vorstellung des Berichts zur Um-



Foto: istockphoto.de/EricHood

setzung des Landesgleichstellungsgesetzes. Demnach beträgt der Anteil weiblicher Beschäftigter in den Dienststellen des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, den Eigenbetrieben, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts rund 55 Prozent. Das sind 0,7 Prozent mehr als 2008. 54 Prozent der weiblichen Beschäftigten arbeiten Teilzeit, bei den Männern sind es 15 Prozent. Je höher die Laufbahngruppe ist, desto geringer wird der Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen. Bei den Männern hingegen steigt der Anteil mit der Laufbahngruppe. ■

## Hamburg

### Stadt schreibt Mindestlohn vor

Hamburg führt einen Landesmindestlohn ein. Mit dem vom Senat beschlossenen Gesetz verpflichtet sich die Stadt, den Mindestlohn je Stunde von 8,50 Euro in allen städtischen Unternehmen zu zahlen. Zugleich müssen alle Unternehmen, die sich um Zuwendungen oder öffentliche Aufträge bewerben, ihren Beschäftigten den Mindestlohn geben. „Arbeit muss sich lohnen“, sagte Sozialsenator Detlef Scheele (SPD). Hamburg habe sich zum Handeln entschlossen, da die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns mehrfach gescheitert war. Auch einige öffentliche Unternehmen in Hamburg beschäftigen Menschen unterhalb dieser Lohngrenze. Das soll sich mit Inkrafttreten des Gesetzes oder baldmöglichst durch Anpassung des Haustarifvertrags ändern. Der Hamburger DGB-Vorsitzende Uwe Grund nannte den Landesmindestlohn einen „politischen Meilenstein“. Er ergänzte: „Endlich wird auch verhindert, dass sich Unternehmen, die Hungerlöhne bezahlen, im Wettbewerb um öffentliche Aufträge Vorteile bei Ausschreibungen verschaffen können.“ ■

## Hessen

### ver.di kritisiert fehlende Beteiligung

ver.di kritisiert, dass es für Beamtinnen und Beamte und ihre Gewerkschaften in Hessen auch künftig keine wirklichen Beteiligungsrechte geben soll. Dies sei mit Blick auf „den zunehmenden Dienstleistungscharakter des öffentlichen Dienstes nicht mehr zeitgemäß“, rügte Landeschef Jürgen Bothner am Entwurf für das zweite Dienstrechtsmodernisierungsgesetz. Zudem hinke der Entwurf bei der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben immer noch der Zeit hinterher. So fehle völlig die Umsetzung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur Unverfallbarkeit beziehungsweise finanziellen Abgeltung nicht

genommenen Erholungsurlaubs. Bothner kritisiert außerdem, dass der Entwurf als Initiative der Regierungsfractionen CDU und FDP und nicht der Landesregierung eingebracht wurde. Die Landesregierung habe sich fast sechs Jahre Zeit gelassen, „um die seit November 2006 bestehende Gesetzgebungskompetenz auch in besoldungs- und laufbahnrechtlichen Regelungen umzusetzen“. Jetzt solle aber keine Zeit sein für eine gründliche Beteiligung der Gewerkschaften im Vorfeld des parlamentarischen Verfahrens, bemängelt Bothner. Mit dem Gesetzentwurf sollen Laufbahnen zusammengefasst und einzelne Berufsgruppen besser bezahlt werden. ■

## Mecklenburg-Vorpommern

### Mehr Sonderurlaub für Alleinerziehende

Alleinerziehende Beamtinnen und Beamte haben Anspruch auf zusätzlichen Sonderurlaub, wenn ihr Kind krank ist. Die GdP weist außerdem darauf hin, dass ihnen in Mecklenburg-Vorpommern in diesem Fall bis zu 15 Tage Sonderurlaub zustehen. Die Zeit sei oft zu gering bemessen worden, weil das Innenministerium der Auffassung war, alleinerziehend könne nur eine Person sein, die auch das alleinige Sorgerecht besitzt. Die GdP argumentierte, Mütter oder Väter könnten faktisch alleinerziehend sein, obwohl die Eltern das gemeinsame Sorgerecht haben. Das Ministerium schloss sich nun der Rechtsauffassung der GdP an: Ein Elternteil ist alleinerziehend, wenn er zusammen mit seinem Kind lebt und für das Kind sorgt. ■

## Niedersachsen

### Urlaubsanspruch auf 30 Tage erhöht

Niedersachsens Beamtinnen und Beamte sollen unabhängig vom Alter 30 Tage Jahresurlaub erhalten. Mit diesem Beschluss für die Jahre 2011 und 2012 reagiert das Landesparlament auf eine Entscheidung des Bundesar-

# Aus den Ländern

beitsgerichts. Das Gericht hatte die altersabhängige Staffelung des Urlaubsanspruchs im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst für unzulässig erklärt. Die Erholungsurlaubsverordnung des Landes sieht in ihrer jetzigen Fassung eine entsprechende Altersstaffelung vor. Bisher erhalten Beamte bis zum 30. Lebensjahr 26 Tage, bis zum 40. Lebensjahr 29 Tage und danach 30 Tage Urlaub. Mit der Neuregelung sollen sie und die Tarifbeschäftigten des Landes gleich behandelt werden. Über den Urlaubsanspruch ab 2013 will die Landesregierung nach Abschluss der Tarifverhandlungen im kommenden Jahr entscheiden. ■

Nordrhein-Westfalen

## Junge Beamte bekommen mehr Urlaub

Beamtinnen und Beamte, die jünger als 40 Jahre sind, bekommen in Nordrhein-Westfalen einen zusätzlichen Urlaubstag. Sie haben für die Jahre 2011 und 2012 Anspruch auf je 30 Tage Erholungsurlaub bei einer Arbeitszeit von fünf Wochentagen. Mit dieser Entscheidung kommt die Landesregierung einer Forderung des DGB nach und überträgt die Regelung aus dem Tarifbereich auf Beamte. Das Bundesarbeitsgericht hatte entschieden, dass die nach dem Alter gestaffelte Urlaubsregelung im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) jüngere Beschäftigte benachteiligt. Es

sprach einer Angestellten schon vor ihrem 40. Lebensjahr einen Jahresurlaub von 30 Tagen zu. Die Regelung im TVöD sah bis zum vollendeten 40. Lebensjahr 29 Tage vor. Eine dauerhafte Regelung für 2013 steht noch aus. Der DGB fordert, sich auch hier an der Einigung der Tarifparteien zu orientieren, die in der Tarifrunde 2013 erwartet wird. ■

Rheinland-Pfalz

## Beamte müssen keinen Widerspruch einlegen

Im Falle einer Gerichtsentscheidung zur amtsangemessenen Besoldung werden alle Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz gemäß den Vorgaben des Gerichts behandelt. Sie müssen keine Widersprüche gegen die Deckelung der Besoldungserhöhung einlegen. Dieses Vorgehen haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften mit dem Finanzministerium vereinbart. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen in der für die kommenden fünf Jahre auf je ein Prozent festgelegten Besoldungserhöhung einen Verstoß der Landesregierung gegen die amtsangemessene Alimentation der Beamten. Sie behalten sich Musterklagen vor, sehen dafür allerdings erst nach der Tarifrunde 2013 Aussicht auf Erfolg. Für den Fall, dass ein Gericht entscheidet, dass eine amtsangemessene Besoldung in den Jahren 2012 bis 2016 nicht

mehr gewährleistet ist, gibt es die schriftliche Zusicherung des Finanzministeriums. Darin heißt es, die Landesregierung werde dem Gesetzgeber dann empfehlen, rückwirkend eine entsprechende Gesetzeskorrektur für alle Besoldungs- und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger vorzunehmen. ■

Saarland

## Minister: Familienphase soll kein Karrierehinderer sein

Der saarländische Familienminister Andreas Storm (CDU) setzt sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst ein. Er regte an, die Kindererziehung bei der Einstellung und Beförderung zu berücksichtigen. „Frauen und Männer, die eine Familienphase einlegen, sollen keinen Karrierehinderer erleiden – im Gegenteil“, sagte Storm. Der Minister betonte: „Wir brauchen eine Kultur der Familienfreundlichkeit.“ Bei den Gesprächen zur zukunftssicheren Landesverwaltung mit den Gewerkschaften brachte die Landesregierung Vorschläge zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Storm kündigte an, die Landesregierung werde sich dafür einsetzen, „dass Mütter und Väter im öffentlichen Dienst bei der beruflichen Weiterentwicklung unterstützt werden“. Dadurch will sie Unternehmen in der freien Wirtschaft ein Beispiel geben. ■

Sachsen

## Streikende Lehrer wollen Generationenwechsel einleiten

Mit weiteren Warnstreiks haben sächsische Lehrerinnen und Lehrer ihre Forderung nach einem Demografie-Tarifvertrag bekräftigt. An drei aufeinanderfolgenden Streiktagen beteiligten sich in Dresden und im Raum Chemnitz und Leipzig im November rund 20.000 Menschen – das sind nach Angaben der Initiatoren von GEW und „DBB-Beamtenbund und Tarifunion“ 75 Prozent der aufgerufenen Ta-



Foto: istockphoto.de/Jan-Otto

# Aus den Ländern

rifbeschäftigten an Schulen. „Seit zwei Monaten bieten wir der Landesregierung an, bei der Gestaltung des Generationenwechsels in den Lehrerzimmern mitzuwirken. Doch Finanzminister Georg Unland ignoriert das hartnäckig“, beklagte sich die GEW-Landesvorsitzende Sabine Gerold. Die Gewerkschaften wollen neue Regelungen zur Altersteilzeit erreichen, die es ermöglichen, junge Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. An allgemeinbildenden Schulen seien die Lehrer im Durchschnitt 50 Jahre alt. Am ersten Warnstreik im September hatten sich 15.000 Menschen beteiligt. Die Streikenden fordern auch eine bessere Bezahlung. Die GEW will für angestellte Lehrer bundesweit eine einheitliche Tarifregelung mit einer höheren Eingruppierung erreichen. Sächsische Lehrkräfte würden im Bundesvergleich am schlechtesten bezahlt, sagte GEW-Hauptvorstandsmitglied Ilse Schaad. ■

Sachsen-Anhalt

## **GEW: Minister missachtet Leistung von Lehrern**

Die GEW protestiert gegen Äußerungen von Sachsen-Anhalts Finanzminister zur Effizienz der Lehrarbeit. „Es ist ein starkes Stück an Ignoranz, wenn Finanzminister Jens Bullerjahn behauptet, dass in Ländern mit weniger Lehrern die Ergebnisse an den Schulen nicht schlechter seien als in Sachsen-Anhalt“, empörte sich der Landesvorsitzende Thomas Lippmann. Die GEW verahre sich „gegen diese Missachtung der Leistung von Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeiterinnen“. Diese in der Debatte um Stellenabbau und eine längere Arbeitszeit herangezogenen Behauptungen erzeugten zunehmend Unmut, Demotivation und Protest. Jens Bullerjahns Vorhaben, die Arbeitszeit anzuheben, entspräche laut GEW bei einer Stunde pro Woche einer Gehaltskürzung von vier Prozent. Sie bezeichnet dies als „übles Dankeschön an eine Lehrerschaft, die dem Land 15 Jahre lang durch Vergütungsverzicht geholfen hat, den Schüler-

einbruch zu bewältigen“. Die Berechnungsgrundlage für sein Abbaukonzept habe der SPD-Minister bis heute nicht nachvollziehbar offengelegt. Das Ziel von 18 Bediensteten je 1.000 Einwohner habe er nicht den einzelnen Bereichen des Landesdienstes zugeordnet. So bleibe die Situation unübersichtlich genug, um sich weiter bei der Bildung und den Lehrkräften bedienen zu können, mutmaßt Lippmann. ■

Schleswig-Holstein

## **DGB will sich Nullrunde für Beamte nicht bieten lassen**

Der DGB warnt Schleswig-Holsteins Regierung davor, Beamtinnen und Beamte in der Tarif- und Besoldungsrunde 2013 leer ausgehen zu lassen. Innenminister Andreas Breitner (SPD) hatte eine Nullrunde bei der Besoldung nicht ausgeschlossen. „Der DGB Nord erwartet eine Klarstellung, dass auch die verbeamteten Beschäftigten an der allgemeinen Lohnentwicklung teilhaben werden“, unterstrich der Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehn und fuhr fort: „Eine Nullrunde wäre Anti-Motivation in einer Zeit, in der die Beschäftigten ohnehin so manches Opfer durch den Umbau der Verwaltung erbringen. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften werden sich das nicht bieten lassen.“ Polkaehn listete auf, die Einkommen der Beamten seien durch die Streichung des Weihnachtsgeldes bereits stark gekürzt worden und sie arbeiteten wöchentlich 41 Stunden, die letzte Stunde unbezahlt. Bei schlechter Bezahlung werde es große Probleme geben, den Nachwuchsbedarf von 10.000 Kräften zu decken, warnte Polkaehn. ■

Thüringen

## **Eigenbehalt bei Arztbesuch soll wegfallen**

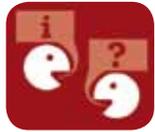
Der DGB fordert Erleichterungen für Thüringens Beamtinnen und Beamte bei der Beihilfe. Die Eigenbehalte für Arzneimittel und Arztrechnungen sollen entfallen. In einem Schrei-



Foto: digitalstock.de/B. Reitz-Hofmann

ben an den Finanzminister begründet Beamtensekretärin Silke Bemann die Forderung mit der Abschaffung der Praxisgebühr bei Arztbesuchen für gesetzlich Krankenversicherte ab 1. Januar 2013. Thüringen habe die Beihilfeverordnung erst in diesem Jahr geändert, so dass statt der bis dahin einbehaltenen Gebühr von 10 Euro pro Quartal nun vier Euro für jede Rechnung von Ärzten oder Psychotherapeuten anfallen. Auf Medizinprodukte und Verbandmaterial müssen Beamte ebenfalls vier Euro zuzahlen. Diese Umstellung sei ausdrücklich mit dem Bezug zur Praxisgebühr von bis zu 80 Euro pro Kalenderjahr begründet worden, schreibt Bemann. Das Ministerium hält die Forderung des DGB für unberechtigt. Das Ministerium will prüfen, welche Auswirkungen die Abschaffung der Praxisgebühr auf die Beihilfeverordnung haben könnten und dabei abwarten, wie andere Länder vorgehen. ■

# Service



**Besoldung**

## Schere öffnet sich weiter

Mit der Föderalismusreform I erhielten die Länder weitreichende Gesetzgebungskompetenzen für das Dienstrecht. Am Beispiel Besoldung kann man die Folgen der Föderalisierung gut ablesen. Will man die Besoldung von Bund und Ländern vergleichen, bietet sich die Erstellung eines Rankings an. Für die Leserinnen und Leser des Magazins für Beamtinnen und Beamte hat der DGB die interessanten Zahlen am Beispiel der Besoldungsgruppe A 9 (Jahresbruttobesoldung 2012) aufbereitet.

### Spitzenreiter und Schlusslichter

Ein Blick auf das Besoldungsranking zeigt Bayern als Spitzenreiter, gefolgt vom Bund. Dort erhalten Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe A 9 jährlich 37.000 Euro bzw. 36.800 Euro brutto. Schlusslichter sind Brandenburg mit knapp 34.700 Euro und Berlin mit einer Jahresbruttobesoldung von 33.400 Euro..

### Arbeitszeit entscheidender Faktor

Allerdings ist das nur das Bild, das sich auf den ersten Blick ergibt. Berücksichtigt man die unterschiedlichen Arbeitszeitregelungen, verschieben sich die Positionen. Staatsdiener in Hessen müssen bis zur Vollendung des 50. Lebensjahres 42 Wochenstunden arbeiten. Bis Juli 2012 galt dies auch in Bayern. Seit August sind es dort 41 Stunden. Die Kolleginnen und Kollegen in Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen leisten dagegen 40 Wochenstunden Dienst. Im Bund, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind es 41 Stunden. Geht man von einer 40-Stunden-Woche aus, bereinigt man also das Besoldungsranking, dann erhalten Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen am meisten, während Ber-

—Anzeige—



## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil

### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBW recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

### Bestellung

per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de)  
per Telefon: 0211 7300335 per Telefax: 0211 7300275  
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Konto-Nummer \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_



### Jahresbruttobesoldung 2012 der BesGr. A9\*

Bayern	37.042,39 €
Bund	36.792,27 €
Baden-Württemberg	36.621,90 €
Mecklenburg-Vorpommern	36.367,42 €
Thüringen	36.176,41 €
Rheinland-Pfalz	36.153,60 €
Hessen	36.001,26 €
Schleswig-Holstein	35.991,48 €
Hamburg	35.878,56 €
Bremen	35.637,92 €
Sachsen	35.400,60 €
Sachsen-Anhalt	35.400,60 €
Saarland	35.328,72 €
Niedersachsen	35.175,24 €
Nordrhein-Westfalen	35.072,06 €
Brandenburg	34.669,68 €
Berlin	33.391,43 €

\* Die Summe setzt sich zusammen aus der Endstufe des Grundgehalts, ggf. der allg. Stellenzulage/Strukturzulage, evtl. Einmalzahlungen und Sonderzahlungen  
Quelle: DGB

→ In auf Grund der besonders großen Differenz weiterhin Schlusslicht bleibt.

### Fortsetzung bei Versorgung

Das zu beobachtende Auseinanderdriften bei der Besoldung setzt sich in der Versorgung fort. Das Einkommen, das Versorgungsempfängerinnen und -empfänger mit Beginn des Ruhestands erhalten, wird sich folglich in Abhängigkeit vom jeweiligen Land ebenfalls weiter differenzieren. Das Magazin für Beamtinnen und Beamte wird in regelmäßigen Abständen über die Folgen der Föderalisierung des Dienstrechts berichten. ■

### Jahresbruttobesoldung 2012 der BesGr. A9 bei Annahme einer 40h-Woche\*

Mecklenburg-Vorpommern	36.367,42 €
Thüringen	36.176,41 €
Rheinland-Pfalz	36.153,60 €
Bayern	36.138,92 €
Bund	35.894,90 €
Hamburg	35.878,56 €
Baden-Württemberg	35.728,68 €
Bremen	35.637,92 €
Sachsen	35.400,60 €
Sachsen-Anhalt	35.400,60 €
Saarland	35.328,72 €
Niedersachsen	35.175,24 €
Schleswig-Holstein	35.113,64 €
Brandenburg	34.669,68 €
Hessen	34.286,91 €
Nordrhein-Westfalen	34.216,64 €
Berlin	33.391,43 €

\* Die Summe setzt sich zusammen aus der Endstufe des Grundgehalts, ggf. der allg. Stellenzulage/Strukturzulage, evtl. Einmalzahlungen und Sonderzahlungen  
Quelle: DGB

## Unser Angebot – Ihr Vorteil

### Zahnarzt für Oralchirurgie – Dr. Seidel – Berlin

Schöne Zähne ohne Angst & Stress vom Fachzahnarzt für Oralchirurgie und TSB Implantologie in Berlin.



[www.zahn-implantate-berlin.de](http://www.zahn-implantate-berlin.de)

### Evangelische MutterKindKlinik Spiekeroog

Die Fachklinik für Frauengesundheit stärkt Gesundheit, Lebensfreude und Lebensenergie von Frauen und Kindern.



[www.dueneklinik.de](http://www.dueneklinik.de)

### Buchtal-Klinik – Schwäbische Alb

Die private Fachklinik für psychosomatische Medizin, Psychotherapie und Psychiatrie mit zeitgemäßem Standard, qualifizierten Fachärzten und Therapeuten.



[www.buchtal-klinik.de](http://www.buchtal-klinik.de)

### Privatklinik Eberl in Bad Tölz

In traumhafter Alpenkulisse eine Auszeit von der Hektik des Alltags nehmen und Körper und Geist wieder aufleben lassen.



[www.privatklinik-eberl.de](http://www.privatklinik-eberl.de)

### Wendelstein-Klinik in Gammertingen

Das internationale Akut-Fachkrankenhaus mit neurologischer, psychiatrischer und psychosom. Fachkompetenz garantiert ein individuelles Behandlungsangebot.



[www.wendelstein-klinik.de](http://www.wendelstein-klinik.de)

# Aus den Gewerkschaften



ver.di-Betriebsgruppe Bundestag

## Veranstaltung zu dienstlicher Beurteilung

Für die Beamtinnen und Beamten in der Bundestagsverwaltung ist das Thema „dienstliche Beurteilung“ genau so wichtig wie für ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Dienststellen. Vor allem wenn es um die Vergabe von Beförderungsmöglichkeiten geht, steht für die Betroffenen bei einer Beurteilung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung einiges auf dem Spiel.

Die ver.di-Betriebsgruppe des Bundestages bot deshalb den Beschäftigten eine Informationsveranstaltung zum Thema Beurteilungen an und viele Interessierte nahmen an dieser teil. Tibor Pirschel, Mitglied des Sprechergremiums der Betriebsgruppe und ver.di-Beamtenmitglied im Personalrat berichtete über Pläne der Bundestagsverwaltung, demnächst Richtlinien zur Beurteilung auf den Weg bringen zu wollen. Die Referenten Klaus Weber, Bundesbeamtensekretär von ver.di und

Dirk Lenders, Rechtsanwalt mit den Schwerpunkten Dienst- und Verwaltungsrecht, erläuterten die beamtenrechtlichen Regelungen des Bundes zur Beurteilung und zeigten Handlungsmöglichkeiten für ein möglichst akzeptables Beurteilungssystem auf. Weber wies zudem darauf hin, dass mangelnde Beförderungsmöglichkeiten nicht auf die Beurteilungsregelungen zurück zu führen seien sondern vielmehr auf die unzureichende Zahl an vorhandenen Planstellen.

Pirschel machte abschließend deutlich, dass die im Rahmen der Veranstaltung vermittelten Informationen für die anstehenden Gespräche mit der Verwaltung zur künftigen Beurteilungspraxis beim Bundestag hilfreich seien. ■



Ein ausführlicher Bericht mit zahlreichen Informationen kann abgerufen werden unter: [beamte.verdi.de/beamtenrecht](https://beamte.verdi.de/beamtenrecht)



Foto: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

## Urteil

### Keine Nachzahlung wegen Auflösung der Versorgungsrücklage

Ein im Jahr 2006 in den Ruhestand getretener früherer Ministerialbeamter hat vom Land Niedersachsen die Nachzahlung von Besoldungs- und Versorgungsbezügen im Hinblick darauf verlangt, dass das Land die Versorgungsrücklage 2009 vorzeitig aufgelöst hat. Das Sondervermögen „Versorgungsrücklage“ war in Niedersachsen 1999 eingeführt worden, um ab 2018 die stetig steigenden Pensionslasten für die Beamten des Landes zu finanzieren. Sie wurde dadurch aufgebaut, dass in den Jahren 1999 bis 2002 Besoldungs- und Versorgungsanpassungen nicht an die Beamtinnen und Beamten weitergegeben wurden, sondern in die Rücklage geflossen sind. Das Verwaltungsgericht Hannover hat durch Urteil vom 15. November 2012 die Klage gegen die Oberfinanzdirektion Hanno-

ver abgewiesen (AZ 2 A 1918/11), allerdings Berufung gegen das Urteil zugelassen. Nach Mitteilung der Oberfinanzdirektion Niedersachsen sind über 10.000 Widersprüche von Beamtinnen und Beamten des Landes gegen die Auflösung der Versorgungsrücklage anhängig. ■

## Wettbewerb

### Deutscher Personalräte-Preis 2013

Nach der Verleihung des Deutschen Personalräte-Preises 2012 auf dem diesjährigen Schöneberger Forum beginnt die Bewerbungsphase für den Wettbewerb 2013. Teilnehmen können Personalratsmitglieder, Personalrats-Gremien und Arbeitsgruppen sowie Dienststellenübergreifende Personalrats-Kooperationen. 2013 steht der Preis unter dem Motto „Initiativen für Beschäftigte“. Denn Personalräte können selbst die Initiative ergreifen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten,

deren Arbeitsumfeld oder die sozialen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Einsendeschluss ist der 31. Mai 2013.

Anmeldungen sind möglich unter:

[www.deutscherpersonalraete-preis.de](http://www.deutscherpersonalraete-preis.de) ■



## Web-Tipp

### Polizei im Spannungsfeld

Die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten wird im Musikvideo „AUCH NUR



EIN MENSCH“ thematisiert. Es entstand im Rahmen einer GdP-Kampagne der JUNGEN GRUPPE und hat innerhalb weniger Wochen

ein enormes Interesse erfahren. Anzusehen unter [www.gdp.de/Baden-Wuerttemberg](http://www.gdp.de/Baden-Wuerttemberg) ■

## Zahlen, Daten, Fakten



### Export

14.200 Tonnen  
im Wert von 44,9 Mio. Euro

### Import

4.800 Tonnen  
im Wert von  
11,6 Mio. Euro

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Weihnachtsgrüße der Redaktion

Liebe Leserinnen und Leser, die beeindruckende Zahl von 14.200 Tonnen exportierten deutschen Lebkuchen innerhalb des Jahres nehmen wir zum Anlass, Ihnen und Ihren Angehörigen eine besinnliche Weihnachtszeit zu wünschen. Kommen Sie gut in das neue Jahr!

Die Redaktion des Magazins für Beamtinnen und Beamte bedankt sich bei Ihnen für das Interesse, mit dem sie im Jahr 2012 die beamtenpolitischen Themen der DGB-Gewerkschaften und des DGB verfolgt haben.

Ihre Redaktion

# Ihre Meinung ist gefragt

Per Fax an 030 24060-266

Oder per Post an: DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

## Befragung der Leserinnen und Leser des Beamten-Magazins

Bitte nehmen Sie sich 5 Minuten Zeit und be-  
antworten Sie die folgenden Fragen.



Als Dankeschön für die Rück-  
sendung des ausgefüllten Frage-  
bogens erhalten die ersten 100  
Einsender/innen ein Exemplar  
des Taschenbuchs „Rund ums  
Geld im öffentlichen Dienst“  
Auflage 2013. Bitte geben Sie

die Lieferadresse am Ende des Fragebogens  
an. Die Auswertung des Fragebogens erfolgt  
anonym.

## Mehrfachnennungen sind bei der Beantwortung möglich.

1. Wie erhalten Sie das Beamten-Magazin?

- Im persönlichen Abonnement
- Über Vertrauensleute
- Per Post
- Per Auslage
- Über die Dienstpost
- Über den Rundlauf
- Anders:

2. Wer trägt die Kosten für das von Ihnen  
gelesene Exemplar?

- Der Dienstherr/Arbeitgeber
- Meine Gewerkschaft
- Ich trage die Kosten selbst
- Es fallen keine Kosten für mich an
- Anderer:

3. Was machen Sie mit den gelesenen  
Exemplaren des Beamten-Magazin?

- Aufbewahrung für kurze Zeit
- Archivierung über einen längeren Zeit-  
raum
- Weitergabe/Auslage an andere Kollegin-  
nen und Kollegen
- Ins Altpapier
- Anderes:

4. Welche Inhalte interessieren Sie besonders?

- Titel
- Berichte über Gesetzgebungsvorhaben  
und -verfahren
- Politische Berichterstattung
- Berichte von Veranstaltungen
- Gastbeitrag
- Kommentierungen
- Interviews
- Meldungen aus dem Bund
- Meldungen aus den Ländern
- Hinweise auf Gerichtsentscheidungen
- Ratschläge, Tipps, Besoldungstabellen
- Personelles
- Literaturtipps
- Webtipps
- Zahlen – Daten – Fakten

5. Was vermissen Sie im Beamten-  
Magazin?

- Berichte aus der Praxis
- Tipps und Ratschläge
- Kommentare
- Darstellung von Pro und Contra zu  
einem Sachverhalt
- Mehr Kurzinfos

- Vertiefende Hintergrundinformationen  
zu einem Thema
- Hinweise auf weiterführende  
Informationen
- Illustrationen
- Sonstiges:

6. Wie zufrieden sind Sie mit dem  
Beamten-Magazin des DGB?

- Sehr zufrieden
- Überwiegend zufrieden
- Weniger zufrieden
- Nicht zufrieden

7. Sie sind

- Weiblich
  - Männlich
- Ihr Alter:

8. Zu welcher Personengruppe gehören Sie?

- Beamtin/Beamter
- Tarifbeschäftigte/r
- Anwärter/in bzw. Auszubildende/r
- Versorgungsempfänger/in
- Personalrat
- Betriebsrat
- Ehrenamtliche/r Gewerkschafts-  
funktionär/in
- Hauptamtliche/r Gewerkschafts-  
funktionär/in
- Journalist/in
- Politiker/in
- Andere:

**Vielen Dank fürs Mitmachen!**

Bitte das Gratisexemplar des Taschenbuchs „**Rund ums Geld im öffentlichen Dienst**“ an folgende Lieferanschrift senden:

Empfänger/in: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

# Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer privaten Krankenversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

**Die leistungsstarke Krankenversicherung zur Beihilfe, die Ihr gesundheitsbewusstes Verhalten belohnt.**

- ✓ Attraktive Rückerstattungen und Bonuszahlungen
- ✓ Günstige Ausbildungskonditionen für Beamtenanwärter
- ✓ Mit **gesundheitservice360°** für alle Gesundheitsfragen

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: [www.DBV.de](http://www.DBV.de)  
oder Telefon 0800 166 55 94.



Ein Unternehmen der AXA Gruppe



– Anzeige –

## „Beamten-Magazin“ und „Wissenswertes“ für nur 19,50 Euro (inkl. Versand)



&



Sie interessieren sich für Änderungen und Neuregelungen im Beamten-, Besoldungs-, Beihilfe- und Versorgungsrecht bei Bund und Ländern und wollen auf dem Laufenden bleiben? Sichern Sie sich das Beamten-Magazin im Doppelpack mit dem Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“. Zum Komplettpreis von 19,50 Euro liefern wir Ihnen ein ganzes Jahr lang bequem nach Hause

- 10 x jährlich das Beamten-Magazin
- 1 x jährlich (im Frühjahr) die aktuelle Jahresausgabe des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“.

Noch schneller geht es online unter:  
[www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

**INFO-SERVICE**  
Öffentlicher Dienst/Beamte



## Weil es um meine Gesundheit geht

Beamte versichern sich privat

**Günstige Tarife – auch  
für Beamtenanwärter –  
bereits ab 24 € im Monat.**

Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause. Deshalb bieten wir genau die Beihilfe-Tarife, die Sie wirklich brauchen:

- individuelle und bedarfsgerechte Krankenversicherung
- besonders günstige Beiträge (z.B. nur 155,83 € im Monat\*)
- 4 Monatsbeiträge Rückerstattung, bereits ab dem 1. leistungsfreien Jahr

\* für einen 30-Jährigen bei 50 % Beihilfe für die Tarife ambulant/stationär/Zahn

**Jetzt informieren: [www.huk.de](http://www.huk.de)**

Wir kooperieren:

**DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS 2012**



**HUK-COBURG**

Aus Tradition günstig